

Geht die Allianz zu Ende?

USA: Politik, Wahlkampf und die Sache mit den „Fundamentalisten“: Eine historische Spurensuche

Von Prof. Dr. Wilhelm Damberg

Wenn eine Weltmacht ihren Präsidenten wählt, so findet dies auch weltweit Aufmerksamkeit. Das Interesse der Medien an den Vorwahlen in den Vereinigten Staaten, also den internen Wahlkämpfen der beiden großen Parteien, der Demokraten und der Republikaner, wird auch in Deutschland genau verfolgt. Immer wieder ist in diesem Zusammenhang vom Einfluss religiöser Gruppierungen auf den Wahlkampf die Rede, insbesondere wenn es sich um die republikanischen Kandidaten handelt. Insgesamt ist den Europäern dieses Verhältnis der Vereinigten Staaten zur Religion mehrheitlich unheimlich, weil wir uns daran gewöhnt haben, das Thema Religion in politischen Zusammenhängen eher diskret zu behandeln.

Wie verhält es sich damit in den Vereinigten Staaten? Das Verhältnis von Religion und Politik ist in den Vereinigten Staaten wesentlich komplizierter, als es uns auf den ersten Blick scheinen mag. Vor allem muss man wohl weit in die Geschichte zurückgreifen, um die gegenwärtigen Vorgänge zu begreifen. Das Paradox besteht darin, dass in den Vereinigten Staaten formal

später nach dem Grund fragte, erklärte er schlicht: „We forgot“ – Wir vergaßen es. Wie konnte es dazu kommen? Das Denken der amerikanischen „Revolutionäre“ war ganz und gar von der geistigen Epoche der Aufklärung und dem so genannten „Deismus“ geprägt. Dieses religiöse Denken ging zwar einerseits von einem Schöpfergott aus, stand aber andererseits den Kirchen sehr distanziert gegenüber. Für Jefferson etwa war das Bewahrenswerte des Christentums die Bergpredigt, aber er hasste Kleriker und unwissende Prediger, denen er vorwarf, aus dem Christentum eine Maschine der Versklavung der Menschheit gemacht zu haben. Besonders akzeptierten die Väter der Verfassung organisierte Christlichkeit passiv, schlimmstenfalls verhöhten sie die Kirche.

Der erste Verfassungszusatz setzt dem Staat eine Schranke

Wenn man also die Ablehnung des damals in Europa vorherrschenden Prinzips der Staatskirchen und diese geistige Einstellung zusammen in den Blick nimmt, verwundert es nicht, dass das Verhältnis von Kirche und Staat im berühmten ersten Zusatz (Amendment) zur US-Ver-

fassung angehörte, als ein Schlag gegen die „Wurzeln der Moral und eine Schwächung der sozialen Bindung“ und damit als Straftatbestand zu betrachten sei. Der Richter, der dieses Urteil fällte, betrachtete persönlich das Christentum als barbarischen Aberglauben! Die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten hat an diesem Grundprinzip noch lange, bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, festgehalten: Meinungsfreiheit galt nicht unbedingt für die Propagierung des Atheismus, d.h. die Verleugnung Gottes, da dies Grundlagen der Gesellschaft in Frage stelle.

Kurz nach 1800 war ein spannungsreiches Verhältnis von Religion, Politik und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten begründet: auf der einen Seite eine aufgeklärte, liberale Elite, auf der anderen Seite eine bunte Einwanderergesellschaft „aus aller Herren Länder“, deren religiöses Leben sich – bei allen Unterschieden im Einzelnen – im folgenden Jahrhundert immer mehr intensiverte und die dem aufgeklärten liberalen Geist mit großer Skepsis gegenüberstand. Und noch immer gilt: Die heftige Ablehnung, auf die Hillary Clinton in Teilen der Bevölkerung trifft, beruht auch darauf, dass sie als eine typische Vertreterin dieses großbür-

Wer dies nicht tue, verlasse die Grundlagen des Christentums. Damit war ein Anspruch formuliert, der bis heute unser Verständnis des Fundamentalismus prägt.

Die 1960er-Jahre brachten auch in den Vereinigten Staaten Umbrüche des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens mit sich. Das christliche Gesellschafts- und Familienbild erschien bedroht, und schließlich wurde die sehr weitgehende Freigabe der Abtreibung (1973) zum Symbol einer Zerstörung aller christlichen Werte.

Symbol für die Zerstörung aller christlichen Werte

Nun begannen sich die zahlreichen kleinen und kleinsten protestantischen fundamentalistischen Gemeinschaften zusammenzuschließen und zu organisieren. Erstmals schlossen sie sich zu nationalen Verbänden zusammen, die über ein Netz von neuen Fernsehstationen einen enormen Einfluss auf die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten nahmen. Vor allem begannen sie eine Lobbyarbeit bei den Abgeordneten, und schließlich steigerten sie ihren Einfluss im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 1979. Berühmte Führer dieser Bewegung



Prof. Dr. Wilhelm Damberg

einem wichtigen politischen Element der amerikanischen Innenpolitik geworden. Kein politisches Konzept kann in den Vereinigten Staaten umgesetzt werden, ohne die Wählerstimmen dieser Gruppe zu berücksichtigen. Freilich ist die Frage, wer nun als „Fundamentalist“ zu gelten hat, nicht leicht zu beantworten. Die Abschätzung des Anteils der „Fundamentalisten“ an der Gesamtbevölkerung fällt sehr unterschiedlich aus, weil es ja keine gezählte fundamentalistische „Kirchenmitgliedschaft“ gibt, sondern diese Angaben auf Umfragen beruhen, bei denen die Fragestellung und ihre Bewertung entscheidenden Einfluss auf die Antwort nimmt. Außerdem siedeln diese Gruppen in regional sehr unterschiedlichen Schwerpunkten, besonders in den früheren Südstaaten der USA. Insgesamt gehen die Schätzungen von bis zu einem Viertel der Gesamtbe-



Schlaglichter vom Wahlkampf in den USA: Während sich Visionär Barack Obama an Wahlkampfhelferinnen wendet, gibt sich Ex-First-Lady Hillary Clinton bereits staatstragend. Fotos: dpa



die Verfassung von einer strengen Trennung zwischen Staat und Kirche ausgeht, aber zugleich das religiöse Leben in der Öffentlichkeit uns aus europäischer Sicht geradezu als aufdringlich erscheint. Umgekehrt verhält es sich in vielen Staaten Europas und auch in Deutschland: Hier gibt es vielfache Verbindungen zwischen Staat und Kirche, aber in der Öffentlichkeit, insbesondere in politischen Dingen, wird Religion eher zurückhaltend behandelt. Weshalb ist das so?

Hochachtung vor der individuellen Freiheit

Als die Ostküste Nordamerikas im 17. Jahrhundert allmählich von Europäern besiedelt wurde, gehörten diese Menschen ganz verschiedenen Religionsgemeinschaften an, während in Europa in fast allen Staaten entweder der katholische oder ein protestantischer Glaube als „Staatsreligion“ galt. Die Kolonien Nordamerikas wurden dabei sogar öfters zu einer neuen Heimat für religiöse Minderheiten, die die „Staatskirchen“ ihrer europäischen Heimat ablehnten.

Daraus resultierte bei den Bewohnern der Kolonien eine besondere Hochachtung der individuellen Freiheit, die auf Gott zurückgeführt wurde. Entsprechend betont die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von 1776, mit der man sich vom König in London löste, dass alle Menschen von ihrem Schöpfer mit „gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören“. Allerdings taucht in der Verfassung von 1787 der Name Gottes gar nicht auf. Als man den an der Abfassung der Verfassung beteiligten Abgeordneten Hamilton

fassung von 1789 durch eine rigorose Trennung geregelt wurde. Er legte fest, dass der Kongress keine Gesetze betreffend die Einrichtung einer Religion erlassen werde, oder solche Gesetze, die die freie Ausübung der Religion irgendwie einschränken. Damit wurde dem Eingreifen des Staates in religiösen Angelegenheiten fortan eine deutliche Schranke gesetzt. Auf jeden Fall wollten die Verfassungsväter Verhältnisse wie in Europa verhindern, wo damals der Staat überall in Kirchen- und Religionsfragen eine Aufsichts- und Kontrollfunktion beanspruchte.

Eine der erstaunlichen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten ist nun aber, dass diese „aufgeklärte“ Verfassung bis heute in Kraft blieb, aber das gesellschaftliche Leben immer stärker von den so genannten „Awakenings“, so genannten Erweckungsbewegungen geprägt wurde. Diese zogen bereits vor der Unabhängigkeit des Staates seit der Mitte des 18. Jahrhunderts immer breitere Teile der amerikanischen Gesellschaft in ihren Bann. Die damals ganz überwiegend protestantischen Gemeinden führten durch ihre intensiven missionarischen Aktivitäten zu einer „Verkirklichung“ der amerikanischen Gesellschaft. Mit dem aufgeklärten Bewusstsein der Revolutionäre des 18. Jahrhunderts hatte dies wenig zu tun, aber in einem radikal demokratischen Staat war die Entwicklung nicht zu ignorieren.

Einen bemerkenswerten Einschnitt markiert dabei ein berühmtes Gerichtsurteil von 1811, in dem es hieß, dass auch in einem Staat mit strikter Trennung von Staat und Kirche und freier Meinungsäußerung die Herabsetzung des Christentums, dem praktisch die gesamte Gemein-

gerlichen, aufgeklärten und liberalen Geistes gilt, auch wenn sie selbstverständlich Kirchgängerin ist.

Für diese Bevölkerungsgruppen hat sich seit etwa 1925 der Begriff der „Fundamentalisten“ eingebürgert. Als um 1900 in der Theologie die modernen Wissenschaften ihren Einzug hielten, insbesondere eine Exegese, die versuchte, das Wort Gottes mit den Erkenntnissen der modernen Wissenschaften in Einklang zu bringen, formierte sich ein Widerstand in christlichen Kreisen, die in diesen Bestrebungen der Theologie einen Zersetzungsprozess des wahren christlichen Glaubens sahen.

Widerstand gegen die Zersetzung des Glaubens

Gegen diese als bedrohlich empfundene Entwicklung bezogen einige protestantische Theologen Position und publizierten eine Reihe von Broschüren unter dem Titel „The fundamentals: A testimony to the truth“ (Die Fundamente: Ein Zeugnis für die Wahrheit). Wenig später bezeichnete ein Journalist die Bewegung der Theologen, die diese Positionen vertraten, als „Fundamentalisten“, womit diese Ausrichtung des amerikanischen Protestantismus ihren Namen bekommen hatte.

Großes Aufsehen erregte die „Fundamentalisten“ aber insbesondere durch ihren Kampf gegen die Verbreitung der Evolutionslehre nach Darwin, der einen Höhepunkt im so genannten Affen-Prozess von 1925 im US-Bundesstaat Tennessee erreichte. Hier verfochten die Fundamentalisten die buchstäbliche Unfehlbarkeit der Heiligen Schrift und den Grundsatz, dass in Zweifelsfragen stets die Aussage der Heiligen Schrift den Aussagen der Wissenschaften vorzuziehen sei.

waren Jerry Falwell oder Pat Robertson. Robertson konnte sich in den frühen 1980er-Jahren rühmen, Eigentümer des landesweit fünfgrößten Kabelfernsehunternehmens zu sein, der etwa 4000 Angestellte beschäftigte. Insbesondere das Instrument der Fernsehpredigt wurde ein Erfolgsrezept, so dass man von „Televangelisten“ sprach. Zur bekanntesten landesweiten Organisation wurde die so genannte „Moral Majority“, wobei insbesondere alle Themen, die irgendwie mit dem Thema Sexualität in Verbindung gebracht werden konnten, eine besondere Rolle spielten, wie z.B. Aufklärung in der Schule, Sexualität vor der Ehe, Homosexualität.

Aber man sollte sich hüten, die fundamentalistische Bewegung nur auf einen „reaktionären“ Nenner zu reduzieren, wie es oft geschieht: Der bekannte protestantische Theologe Friedrich Wilhelm Graf hat darauf hingewiesen, dass diese Gruppen auch „moderne“ Ansprüche verfechten, wie einen radikalen Anspruch aller Christen, für sich ohne „amtliche“ Anleitung die Bibel auszuliegen, und ihr Recht darauf, mit ihrer individuellen Gotteserfahrung ernst genommen zu werden.

Für die jüngste Geschichte wurde entscheidend, dass die Fundamentalisten nun auf die Unterstützung eines Präsidentschaftskandidaten setzten, diesem aber zugleich entsprechende Gegenleistungen abverlangten. So kam Ronald Reagan 1979 durch die Wahlen ins Präsidentenamt (obgleich er selbst, geschieden und kein Kirchgänger, dem Idealbild der Fundamentalisten nicht gerade entsprach). Seitdem sind die Fundamentalisten in ihren verschiedenen Organisationen zu

völkerung aus, das dem fundamentalistischen Denken nahestehet. So sind ihre Organisationen, deren Mitgliederzahl freilich viel geringer ist, in den vergangenen Jahrzehnten sehr einflussreich gewesen, und auch Präsident George Bush konnte sich auf ihre Unterstützung verlassen, der sie seinerseits zu begünstigen versuchte.

Für Fundamentalisten steht der Wind nicht günstig

Auch der gegenwärtige Wahlkampf ist dadurch gekennzeichnet, dass die „Fundamentalisten“ durchgängig der Republikanischen Partei zuneigen, sich aber mit dem aussichtsreichsten Kandidaten, McCain, nicht recht anfreunden können, weil er ihnen als zu liberal gilt, was auch für andere Kandidaten galt wie den Mormonen Romney oder den mehrfach geschiedenen Bürgermeister von New York, Giuliani. Ihr Kandidat ist der Baptistenprediger Huckabee, dem aber der Rückhalt in der republikanischen Gesamtwählerschaft fehlt. Dessen Wahlergebnisse lassen deshalb auch ziemlich genau auf den „fundamentalistischen“ Wähleranteil in der Bevölkerung schließen.

Insgesamt scheint aber der Wind für die Anliegen der Fundamentalisten in den USA nicht günstig zu sein. In weiten Teilen der Öffentlichkeit, auch unter Wählern der Republikaner, scheint sich die lange Allianz der fundamentalistischen Organisationen mit der Regierung Bush nun negativ auch für die Fundamentalisten auszuwirken.

Der Autor lehrt Mittlere und Neuere Kirchengeschichte in Bochum und leitet das Projekt „CrossingOver“, das die katholische Kirche und das Gemeindeleben in den USA und Deutschland vergleichend untersucht.

KATHOLISCHE WÄHLER

Zwischen Clinton und McCain

Katholische Wähler in den Vereinigten Staaten haben klare Präferenzen, wenn es um die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten geht. Sie stimmen mehrheitlich für die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Hillary Clinton oder den republikanischen Bewerber John McCain. Diesen landesweiten Trend ergab die Analyse der Vorwahlergebnisse des „Super Tuesday“, an dem in insgesamt 24 Bundesstaaten Kandidaten beider Parteien gekürt wurden.

Hillary Clinton, die ehemalige First Lady liegt laut Meinungsumfragen der vergangenen Wochen unter demokratischen Katholiken vor ihrem afroamerikanischen Konkurrenten Barack Obama. Ihr Erfolg in dieser Wählergruppe, die rund ein Viertel der US-Bevölkerung und Wählerschaft ausmacht, ist kein Zufall. Im Wahlkampf 2008 bemühen sich alle Demokraten stärker als bislang, die rund 50 Millionen mehrheitlich katholischen Latinos und Hispanics zu umwerben. Viele dieser Neueinwanderer werden in diesem Jahr zum ersten Mal wählen. Dass diese Gruppe Gewicht hat, zeigen unter anderem die Wahlergebnisse der Vorwahlen in Florida und Kalifornien: Dort waren es die Stimmen der kubanischen Migranten und der Latinos, die Clinton jeweils zum Sieg verhalfen.

Die New Yorker Senatorin hatte bereits im Frühjahr 2006, lange vor ihrer offiziellen Bewerbung für das Präsidentenamt, damit begonnen, katholische Wähler zu umwerben. Immer wieder sprach sich die Politikerin gegen die Vorlage eines von Republikanern formulierten Gesetzesvorschlages aus, der illegale Immigranten sowie ihre US-Helfer bestrafen sollte. „Es ist nicht im Einklang meines Verständnisses der Heiligen Schrift, weil dieses Gesetz den guten Samaritaner kriminalisieren würde, ja, sogar Jesus selbst, der den Bedürftigen hilft“, sagte sie.

Offensichtlich hat Clinton Lehren aus den Präsidentschaftswahlen 2004 gezogen. Damals hatten 55 Prozent der US-Katholiken für George W. Bush gestimmt – ungeachtet der Tatsache, dass sein damaliger demokratischer Konkurrent John Kerry selbst Katholik ist. Ausschlaggebend für die Wähler war damals, dass Kerry ein Recht auf Abtreibung befürwortete, Bush hingegen es strikt ablehnte.

Gerade in dieser Frage allerdings bleibt die ehemalige First Lady auf vergleichsweise liberalem Kurs: Sie befürwortet ein Recht auf Abtreibung, spricht sich jedoch gegen Spätabtreibungen aus. Der republikanische Spitzenkandidat John McCain ist da konsequenter: Er will als Präsident das Recht auf Abtreibung ganz abschaffen. Zugleich vertritt er eine im konservativen Lager eher untypische, tolerante Haltung gegenüber illegalen Migranten – was ihn in den Augen mancher katholischer Wähler attraktiver erscheinen lassen dürfte als seine demokratische Mitbewerberin Clinton.

Adrienne Woltersdorf (KNA)